



Alle Gebäude im Rütibühl sind auf den begrünten Innenhof ausgerichtet.



Jede der vier Wohngruppen ist mit einer Küche ausgestattet.

BILDER PD

Jeder Reiz ist zu viel

Hoch über dem Zürichsee wird ein ungewöhnliches Wohnhaus für Menschen mit einer Behinderung eröffnet

ISABEL HEUSSER

Das Mobiliar in der Wohngruppe Smaragd ist praktisch unzerstörbar. In den Fensterscheiben ist Sicherheitsglas eingebaut, die Wände sind schallgedämmt. Das Personal kann bei jedem Zimmer von aussen die Wasser- und die Stromzufuhr ausschalten, falls eine Bewohnerin oder ein Bewohner den Raum flutet oder den Lichtschalter überstrapaziert.

Die Ausstattung der Zimmer ist aufwendig: In die Türe ist ein Fenster eingelassen, so dass Bewohner und Betreuer in einer Krise gesichert miteinander kommunizieren können. Und in den Boden ist ein Abfluss eingelassen – damit das Zimmer bei «Fäkalvandalismus» einfach gereinigt werden kann.

Die Wohngruppe für sechs Personen ist Teil des neuen Wohnhauses Rütibühl in Herrliberg hoch über dem Zürichsee, das Anfang Juni eröffnet wird. Es verfügt über ein Angebot, wie es nur wenige gibt in der Schweiz: Es wurde speziell für Menschen konzipiert, die aufgrund ihrer Behinderung stark reizempfindlich sind. Bei Überforderung können sie gewalttätig werden und sich selbst oder ihr Umfeld gefährden. Deshalb ist die Wohngruppe auch mit einem weich gepolsterten Kriseninterventionsraum ausgestattet, in dem die Bewohner zur Ruhe kommen können.

Eine Infrastruktur wie in einer Psychiatrie: Braucht es das wirklich in einem Wohnheim? «Ja», sagt Nicole Rode. Sie ist Mitglied der Geschäftsleitung der

Martin-Stiftung, die das Wohnheim betreibt. Denn mit Reizüberflutungen zu kämpfen hätten besonders Personen mit Autismus-Spektrum-Störungen. Früher seien diese oft in Psychiatrien untergebracht worden, sagt Rohde. Doch Psychiatrien seien nicht darauf ausgelegt, solche Menschen zu behandeln, und zudem der falsche Ort für Menschen, denen schon geringste Reize Schwierigkeiten bereiten.

Inklusion in Abgeschiedenheit

Gleichzeitig ist die Betreuung solcher Menschen eine Herausforderung für konventionelle Institutionen. Denn bei den meisten steht die Teilhabe von Menschen mit einer Behinderung an der Gesellschaft ganz oben auf der Prioritätenliste. Die Einrichtungen sollen sich möglichst mitten in der Gemeinde befinden, mit öffentlichem Café, eigenem Laden und Räumen, die auch extern vermietet werden.

Auch die Martin-Stiftung geht diesen Weg: Ihr Hauptsitz in Erlenbach liegt mitten im Dorf. Sie betreibt eine eigene Gärtnerei und einen kleinen Lebensmittel-Laden. Insgesamt bietet die Stiftung Wohn- und Arbeitsplätze für 170 Personen.

Das Wohnhaus Rütibühl hingegen scheint dem Konzept von Inklusion zu widersprechen. Es liegt weitab vom Siedlungsgebiet hoch über dem Zürichsee, umgeben von Landwirtschaft und Wald, die nächste Busstation ist eineinhalb Kilometer entfernt. Im Jahr 1952

wurde hier das Heim Rütibühl gebaut, eine Institution nur für Frauen.

Die Lage sei ideal für kognitiv beeinträchtigte Menschen, die auf ein ruhiges Umfeld angewiesen seien, sagt Annemarie Grether-Escher. Sie ist Präsidentin des Stiftungsrats der Martin-Stiftung und überzeugt: Inklusion funktioniert auch in der Abgeschiedenheit.

Dieser Pragmatismus hat auch damit zu tun, dass die Entwicklungsmöglichkeiten für das Grundstück stark eingeschränkt sind. Es liegt in der Landwirtschaftszone mit besonderen Nutzungen. Wohnungen oder ein Hotel dürfen hier nicht gebaut werden.

Durchaus zum Bedauern der Martin-Stiftung, wie Annemarie Grether-Escher einräumt: Bei einem Verkauf hätte das Grundstück einen Millionenerlös eingebracht, mit dem die Stiftung ihr Angebot an Wohnungen und Wohnhäusern in Küsnacht, Erlenbach und Stäfa hätte erweitern können. Gleichzeitig ist die Nachfrage im Kanton Zürich nach Wohnraum, wie ihn das Rütibühl bietet, gross. Sie übersteigt das Angebot. Deshalb sei es nicht infrage gekommen, das alte Heim zurückzubauen und das Land ungenutzt zu lassen, sagt Grether-Escher.

Der Neubau direkt am Waldrand ist einem Weiler nachempfunden, wie es sie in der Umgebung viele gibt: Die insgesamt 32 Personen leben in vier Wohngruppen mit einem offenen, begrünten Innenhof. Zur Anlage gehören ein Gemeinschaftszentrum und eine Cafeteria. Diese ist

allerdings nicht öffentlich und steht nur dem Personal, den Bewohnern und deren Besuch zur Verfügung.

Ein bewusster Entscheid, wie Grether-Escher sagt: Zu viel Betrieb würde die Bewohnerinnen und Bewohner überfordern. Trotzdem soll das Areal nicht den Eindruck einer geschlossenen Einrichtung vermitteln. Es ist von aussen einsehbar, der Wanderweg führt direkt an den Wohnhäusern vorbei.

Maximal ein Jahr

Auch die sechs Bewohner, die in der Wohngruppe Smaragd leben, sollen nicht komplett von der Aussenwelt abgeschnitten sein. Die Wohngruppe verfügt über einen gesicherten Garten, zudem ist jedes Zimmer mit einer gesicherten Loggia ausgestattet, der Blick geht ins Grüne. So soll den Bewohnerinnen und Bewohnern eine gewisse Bewegungsfreiheit ermöglicht werden.

Die Einschränkungen in dieser Wohngruppe mögen als einschneidend empfunden werden. Tatsächlich ist sie nicht als dauerhafte Lösung gedacht: Maximal ein Jahr sollen Bewohnerinnen und Bewohner hier leben und anschliessend in einer regulären Wohngruppe unterkommen, wenn sich ihre Lebensumstände gefestigt haben.

Bauen für Menschen mit einer Beeinträchtigung ist teuer. 26 Millionen Franken kostet der Neubau Rütibühl, der Beitrag des Kantons deckt knapp 30 Prozent.

Das sei eigentlich viel zu wenig, sagt die Stiftungsratspräsidentin Annemarie Grether-Escher – auch deshalb, weil die Martin-Stiftung einen Leistungsauftrag des Kantons erfüllt. Das Betriebskonzept entstand in Absprache mit dem Sozialamt.

70 Prozent der Kosten muss die Stiftung über Eigenmittel, Darlehen und Hypotheken abdecken. Kein einfaches Unterfangen, wie sich nun zeigt. 6 Millionen Franken an Spenden will die Stiftung generieren. Zusammengekommen sind erst 4,6 Millionen. Die Stiftungsratspräsidentin erklärt sich dies mit der schwierigen Weltlage aufgrund der Pandemie und der Kriege.

Die Martin-Stiftung hat sich dagegen entschieden, aus Kostengründen auf gewisse Angebote zu verzichten, etwa auf die Garage. «Ohne Parkplätze für das Personal geht es an dieser abgeschiedenen Lage nicht», sagt Grether-Escher. Zusätzlich stellt die Stiftung einen Shuttle-Service für die Mitarbeitenden zur Verfügung.

Gute Arbeitsbedingungen seien zentral, um das Personal halten zu können. Den Fachkräftemangel im Gesundheitswesen spürt auch die Stiftung. Wenige Wochen vor der Eröffnung des Neubaus sind noch immer einige Stellen frei. Doch die Verantwortlichen sind zuversichtlich. «Es kommen Bewerbungen rein», sagt die Stiftungsratspräsidentin.

Weit weg vom Trubel zu arbeiten, hat auch Vorteile: Dichtstress gibt es im «Weiler» Rütibühl garantiert nicht.

Der «höchste Zürcher» setzt sich für Ausländer im Parlament ein

Die Fluktuation im Zürcher Gemeinderat ist gross – der neue Ratspräsident Guy Krayenbühl möchte etwas dagegen unternehmen

DANIEL FRITZSCHE

Er ist Jurist, Arztsohn, in der Zürcher Altstadt aufgewachsen, gesellig und kultiviert – aber kein Freisinniger. Politisch Karriere gemacht hat Guy Krayenbühl trotzdem. Seit Mittwochabend ist der 56-jährige Grünliberale der «höchste Stadtzürcher». Das 125-köpfige Stadtparlament hat ihn mit exakt 100 Stimmen zu seinem Präsidenten für ein Jahr gewählt. Er tritt die Nachfolge von Sofia Karakostas (SP) an.

Dass Guy Krayenbühl im Jahr 2005 der damals frisch gegründeten GLP beigetreten ist, hat vor allem mit einer Personalie zu tun. Er habe Martin Bäumle, den Parteigründer und Excel-Politiker, «einfach genial» gefunden. Dazu kommt Krayenbühls Fachgebiet: das Umweltrecht. Als Zürcher Staatsanwalt arbeitet er seit bald 15 Jahren in diesem Bereich.

Wenn ein Bauer die Gülle während der Vegetationsruhe im Winter verteilt oder jemand das Wasser seines Swimmingpools falsch abpumpt und so Fische

gefährdet, kommt Krayenbühl ins Spiel. Das «Grün» im Parteikürzel ist ihm denn auch besonders wichtig.

Seit 2015 sitzt Krayenbühl im Gemeinderat; 2019 verpasste er die Wahl in den Kantonsrat um gerade einmal vier Stimmen. Dass Staatsanwälte gleichzeitig politisch aktiv sind, ist unüblich. Probleme mit der Gewaltenteilung sieht Krayenbühl aber nicht.

«Vieles zum Guten verändert»

In seiner Antrittsrede betonte Krayenbühl in reinem Zürichdeutsch, wie stark sich die Stadt in seiner Lebenszeit verändert habe. Als er 1968 auf die Welt gekommen und im «Dörfli» aufgewachsen sei, habe der Ausländeranteil in Zürich bei 16 Prozent gelegen. Heute seien es 33 Prozent. Dieser grosse Anteil der Stadtbevölkerung, der hier wohne und Steuern zahle, sei im Gemeinderat nicht vertreten, bedauerte Krayenbühl. Aber irgendwann werde sich das Prinzip «no taxation without representation» durchsetzen.

Guy Krayenbühl
Gemeinderatspräsident
GLP

Insgesamt ist Krayenbühl jedoch sehr zufrieden damit, wie sich die Stadt in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat. «Sie wurde interkantonal, international, liberaler und urbaner.»

Kaum vorstellbar sei es heute, dass früher noch Autos am Neumarkt führen und das Betreten von Rasenflächen am See verboten war. Am Karfreitag war es untersagt zu tanzen, und die Restaurants und Bars schlossen um Mitternacht. Vieles habe sich zum Guten verändert, sagte Krayenbühl – und so solle es weitergehen.

Auf die üblichen Floskeln zum Amtsantritt verzichtete der neue Präsident

weitgehend, etwa auf den Wunsch nach einem effizienten Ratsbetrieb oder einer gepflegten Debattenkultur. Nur so viel: «Hören wir uns gegenseitig gut zu, und halten wir Sorge zu unseren demokratischen Institutionen!» Die Ratsmitglieder im Saal quittierten den Aufruf mit Applaus und verschoben im Anschluss an die offizielle Feier im Lydia-Welti-Escher-Hof beim Kunsthaus.

Als Vizepräsidenten unter Krayenbühl waren zuvor Christian Huser (FDP) und Ivo Bieri (SP) gewählt worden.

Höhere Entschädigungen?

Für die Grünliberalen ist es das zweite Mal, dass sie das formell höchste Amt in der Stadt Zürich innehaben. Zuletzt waren sie 2015 an der Reihe, damals mit dem Wirtschaftshistoriker Matthias Wiesmann.

Daran zeige sich, dass die GLP definitiv in der institutionellen Politik angekommen sei, sagt der Fraktionschef Sven Sobernheim auf Anfrage. «Wir sind nicht

die Eintagsfliege, für die uns Gewisse gehalten haben.» Mittlerweile stellen die Grünliberale die viertgrösste Fraktion im Gemeinderat – nach SP, FDP und Grünen.

Wie alle Parteien beschäftigt auch die GLP die hohe Fluktuation ihrer Ratsmitglieder. Der am Mittwoch veröffentlichte Tätigkeitsbericht des Parlaments zeigt, dass es pro Amtsjahr zu durchschnittlich zwölf Rücktritten kommt. Der Anteil der Gemeinderäte, die weniger als drei Jahre dem Rat angehören, liegt bei hohen 53 Prozent.

Es ist eine Tendenz, die den neuen Ratspräsidenten Krayenbühl umtreibt. Der Rat müsse Wege finden, Beruf, Familie und politisches Amt besser unter einen Hut zu bringen, findet er. Ein Mittel sieht der GLP-Mann in höheren Entschädigungen für die Parlamentarier. Eine Forderung, die nicht alle Parteien unterschreiben dürften.

Sicher ist: Der Gemeinderat, das wohl lebhafteste Parlament der Schweiz, wird hitzig darüber diskutieren – nun unter neuer Führung.